

# Sprachliche Diversität in der Gesellschaft – Mehrsprachigkeit im öffentlichen Raum

---

Gero Fischer

Eine Folge der Zuwanderung (und der Globalisierung) ist eine wachsende Zahl von Menschen, die neben ihrer Muttersprache sich auch die Sprache der Mehrheit aneignen (müssen). Diese Entwicklung ist im Alltag in den Städten nicht zu überhören und zu übersehen. Die Forderung von Sprachwissenschaftlern der Mehrsprachigkeit gebührende Aufmerksamkeit zu widmen zeitigt hingegen nicht die gebührende Resonanz in der Bildungspolitik. Es geht um die Rolle des Deutschen in der Gesellschaft aber auch um die Frage, ob und wie die Gesellschaft Diversität zulässt. Oder volkstümlicher formuliert: Wie viel Fremd- und Andersartigkeit vertragen wir (insbesondere nach 2015)?

## Vorbemerkungen

„If we [...] dismiss the great migration as a negligible effect, as a background noise or a fate of others that we can avoid in our own countries, we are in danger of suffering far larger explosions and ruptures.“<sup>1</sup>

„Wien ohne Migranten kaum lebensfähig. Ohne Zuwanderung wäre die Bundeshauptstadt überaltert und hätte nur halb so viele Einwohner“ – Headline der Wiener Zeitung<sup>2</sup>, die Resultate einer demographischen Studie der Akademie der Wissenschaften zusammenfasst. Der hohe Anteil an nichtdeutschsprachigen Zuwanderern in Wien hat in den letzten Jahrzehnten dazu geführt, dass Mehrsprachigkeit im öffentlichen Raum immer augenscheinlicher wird: Infoblätter und Formulare in Wiener Magistrats-, Finanzämtern, mehrsprachige Elterninformationen in Schulen und Kindergärten, bilinguale Soldaten und Polizisten mit Migrationshintergrund, manchmal finden sich auch Informationen zur Gesundheitsvorsorge auf Straßenbahnen in Wien auf Deutsch, Türkisch und BKS. Banken, Versicherungen stellen mehrsprachiges Personal für die Kundenbetreuung ein, in größeren Krankenhäusern findet sich auf verschiedenen Ebenen und in unterschiedlichen Funktionen immer häufiger mehrsprachiges Personal. Auch Apotheken haben hinsichtlich der Mehrsprachigkeit nachgezogen – mit dem richtigen Argument, dass Aufklärung und Beratung gerade im Gesundheitsbereich eine wichtige Aufgabe ist, der sich Apotheken nicht entziehen können und dass gerade da die Herkunftssprachen eine herausragende Rolle spielen. Es weiten sich die gesellschaftlichen Sphären aus, wo Mehrsprachigkeit nicht nur akzeptiert sondern zur Selbstverständlichkeit wird. Man kann davon ausgehen, dass in Wien in geschätzt 200 Sprachen kommuniziert wird. Sprachliche Diversität wird (insbesondere seit 2015) auch bei den Personennamen (orientalischer Herkunft) augenfällig, man muss sich an ihre fremdartige Schreibung und Lautung gewöhnen, außerdem ist von ihrer sprachlichen Form oft nicht ohne weiteres erkennbar, ob es sich z.B. um weibliche oder männliche Vornamen handelt. Viele (insbesondere ältere) Zuwanderer beherrschen das Deutsche nicht so, wie es wünschenswert wäre, ihnen sind wichtige Informationen nicht zugänglich. Die Forderung Informationen in mehreren Sprachen anzubieten, um dieses Manko zu überwinden, wird oft gekontert mit der Aussage: „Die Ausländer sollen bei uns Deutsch sprechen.“ Wenn sie hier den Lebensmittelpunkt haben, sollen sie auch die entsprechenden Deutschkenntnisse erwerben, um gut kommunizieren zu können, das ist unbenommen. Mit der Sprachproblematik haben die Zuwanderer ihr ganzes Leben lang zu kämpfen und sie werden es mit ihren Deutschkenntnissen unterschiedlich weit bringen. Wenn aber zu einem gegebenen Zeitpunkt / Anlassfall ihre Deutschkenntnisse nicht ausreichen, dann ist ihnen zu helfen – dabei könnten Mehrsprachigkeitsangebote im öffentlichen Raum

---

<sup>1</sup> Doug Saunders: Arrival City. How the largest migration in history is reshaping our world. London, 2010, S. 2

<sup>2</sup> Wiener Zeitung v. 5. 2. 2015

nützlich sein. Sprachliches Entgegenkommen kann als Einladung und Aufforderung an die „Migrationsanderen“ gelten sich gesellschaftlich zu engagieren und mitzugestalten – gleichsam als eine Art Gesellschaftsvertrag.

### Mehrsprachigkeit in der öffentlichen Wahrnehmung

Vor einigen Jahrzehnten war Fremdsprachiges in der Öffentlichkeit räumlich begrenzt, es fanden sich in den Innenstädten bei größeren bzw. luxuriöseren Geschäften und in Restaurants Hinweise für Touristen, dass sie dort in den gängigen Touristensprachen Sprachen (Englisch, Französisch, Italienisch, später auch Russisch) kommunizieren können. Auf Bahnhöfen, Flughäfen werden heute in mehreren (vorwiegend westlichen) Sprachen Gäste begrüßt. Diese Form der Mehrsprachigkeit verschiebt sich heute zu Gunsten einer Art Zweisprachigkeit – Deutsch und der Lingua franca Englisch (kürzlich wurde im ORF Mittagsjournal die Zusammenfassung der Nachrichten auf Französisch gestrichen – übrigens ohne Ankündigung und Begründung). Die dem Tourismus geschuldete Form der Mehrsprachigkeit im öffentlichen Raum ist eine Höflichkeitsgeste gegenüber bestimmten Touristengruppen, widerspiegelt aber bei Weitem nicht die realen Sprachverhältnisse in der Gesellschaft, insbesondere in den Großstädten. Das Phänomen der Mehrsprachigkeit im öffentlichen Raum ist nicht neu, schon im Mittelalter war Wien multiethnischer und multilingualer Marktplatz (vgl. Schmelztiegel Wien<sup>3</sup>). Über Jahrhunderte waren es ökonomische, politische u.a. Beweggründe, die Menschen zu Wanderungen motivierten bzw. zwangen. In den Städten (insbesondere in Wien), begegneten Menschen verschiedener Herkunft einander, tauschten sich aus, ... Hier wurden fremde sprachliche, kulturelle, materielle etc. Elemente „eingemeindet“ (bzw. „eingewei- nert“). Aber trotz aller Sprach- und Kulturkontakte stießen Fremde immer wieder zuerst auf Ablehnung, bevor sie akzeptiert und als „gleichwertig“ betrachtet und behandelt wurden. Die Frage nach dem (ethnischen, kulturellen) Status Wiens – unter dem Motto „Wieviel Fremdheit / Fremde(s) verträgt die Stadt?“ – bringt periodisch Politik und Medien zur Wallung. Faktum ist: Zuwanderung hat immer schon Wien geprägt, der Anteil der Fremden an der Einwohnerschaft war und ist wesentlicher Motor für das Wachstum der Stadt und Immigration und Integration sind Alltag und parallel verlaufende Prozesse. Der Anteil der Wiener Bevölkerung mit persönlicher Migrationsgeschichte liegt heute – je nach Berechnung bzw. Erhebung – bei etwa 40%, was sich auch in der zunehmenden sicht- und hörbaren Präsenz der Sprachen der Migranten in der Öffentlichkeit niederschlägt (besonders auffällig sind die Hinweise auf Kulturveranstaltungen vor allem auf Türkisch und BKS). Die Immigration (Gastarbeiter, Balkankriege, Osterweiterung, Flüchtlingswelle seit 2015 etc.) hat auch ihre Spuren im Bildungswesen hinterlassen, es steigt die Zahl der Schüler mit nichtdeutscher Muttersprache, bzw. ohne Deutschkenntnisse. Von 100 000 Schülern in Wien haben mehr als 60 000 nicht Deutsch als Erstsprache, ca. 20% der Schüler werden aus sprachlichen Gründen als außerordentliche Schüler geführt (d.h. innerhalb von zwei Jahren müssen sie die deutsche Unterrichtssprache so weit beherrschen, dass sie als „ordentliche“ Schüler dem Regelunterricht folgen können). Die Einführung von Sonderklassen für Schüler nichtdeutscher Muttersprache (2019) gegen die ausdrückliche Empfehlung ausgewiesener Fachwissenschaftler<sup>4</sup> hat – erwartungsgemäß – keine nennenswerten positiven Effekte bewirkt.

### Mehrsprachigkeit als realisierte Chance?

Dass (migrantische) Mehrsprachigkeit als Chance wahrgenommen wird, hängt vor allem davon ab, inwieweit sich die Betroffenen ihrer sprachlichen Situation (Potenzials) bewusst sind. Dieses Sprachbewusstsein ist nicht zuletzt eine Frage der Bildung und der sozioökonomischen

---

<sup>3</sup> Michael John – Albert Lichtblau: Schmelztiegel Wien. Zur Geschichte und Gegenwart von Zuwanderung und Minderheiten. Wien, 1990

<sup>4</sup> Gero Fischer: Integrationsverweigerung? Integrationsverweigerung! (2018)

<https://slawistik.univie.ac.at/forschung/fd/forum-fuer-hochschuldidaktik-und-hochschulpolitik/>

Verhältnisse. Etwas flotter formuliert: Man muss es sich als Migrant gegebenenfalls leisten können und wollen, dem Nachwuchs die notwendigen Bedingungen (zusätzliche Sprachförderung, Sprachkontakte, Auslandsaufenthalte, Beschaffung von Literatur, udgl.) zu schaffen, damit sich dieses mehrsprachige Potenzial entwickeln kann. Dies gilt vor allem dann, wenn vor Ort keine institutionellen Angebote vorhanden sind, wie z.B. muttersprachlicher Zusatzunterricht (MuZU) in den Schulen.

Zu den Bedingungen, die die Entwicklung und Entfaltung der Mehrsprachigkeit hemmen, gehören die falsche Selbsteinschätzung hinsichtlich der Sprachbeherrschung (vor allem der Muttersprache) oder auch die Unterdrückung der Muttersprache zu Gunsten des Deutschen, ohne sich der u.U. fatalen Nebenwirkungen (z.B. Halbsprachigkeit) bewusst zu werden. Aus der irrigen Selbsteinschätzung (mit potenziell fatalen Konsequenzen), die Muttersprache ohnedies „perfekt zu beherrschen“, nehmen viele Migranten bestehende Sprachangebote (in den Schulen, Büchereien, Volkshochschulen udgl.) nicht an und riskieren dadurch die Verschlechterung ihrer muttersprachlichen Fertigkeiten. Wenn sie ihren Kindern den Erwerb der Muttersprache vorenthalten, riskieren sie deren Halbsprachigkeit.

Die Haltung der Politik hinsichtlich Mehrsprachigkeit ist uneinheitlich und teilweise widersprüchlich: Einerseits wird Zwei- / Mehrsprachigkeit (quasi als „fertiges“ Produkt) zumindest rhetorisch positiv eingeschätzt, andererseits aber nicht erkannt bzw. berücksichtigt, dass sie nicht einfach „erbt“ wird sondern erworben und erhalten werden muss. Gesellschaftspolitisch gesehen folgt die Wertschätzung der Zwei- / Mehrsprachigkeit einer (de facto) herrschenden Prestigeskala von Sprachen (mit Englisch, Französisch, ... an der Spitze absteigend bis zu afrikanischen Sprachen am unteren Ende)<sup>5</sup>. Schulen mit bilinguaem / mehrsprachigem Angebot konzentrieren sich dementsprechend auch nur auf wenige Sprach(kombination)en. Ein ausgereiftes bildungspolitisches Konzept zur Entwicklung und Förderung von Zwei-/ Mehrsprachigkeit angesichts einer wachsenden Zahl von zwei- / mehrsprachigen Zuwanderern steht noch aus bzw. es fehlt auch die Einsicht eines diesbezüglichen bildungspolitischen Handlungsbedarfes. Das österreichische Bildungswesen ist mit der Ausnahme des Minderheitenschulwesens<sup>6</sup> monolingual ausgerichtet. Dieser Sachverhalt äußert sich wiederum in einem Mangel an professioneller Lehreraus- und Fortbildung im Bereich der Zwei- / Mehrsprachigkeit, es fehlt daher auch ein entsprechender Einsatz von qualifiziertem Lehrpersonal in den Bereichen DaF / DaZ und MuZU<sup>7</sup>. Dagegen bestehen zahlreiche Eigeninitiativen von Schulen und anderen Institutionen, die der Zwei-/ Mehrsprachigkeit ein öffentliches Forum bieten, wie z.B. „Karneval der Sprachen“ (organisiert von der NMS Sattlergasse XXII) oder der jährliche Redewettbewerb „Sag's multi“ u.a.

Der örtliche Wechsel des Zentrums der Lebensinteressen in ein anderssprachiges Umfeld bringt die Notwendigkeit mit sich, dass sich die Migranten mit der Umgebungssprache / Landessprache auseinandersetzen und in ihr eine entsprechende (d.h. nach Möglichkeit hohe) Kompetenz erwerben (müssen). D.h. zu ihrer/n Primärsprache/n (viele Migranten bringen schon Zwei- / Mehrsprachigkeit mit) kommt Deutsch dazu, das ab dem Zeitpunkt der erfolgten Einwanderung in der mündlichen wie schriftlichen Kommunikation eine dominierende Rolle übernimmt. Es ist zu wenig bewusst, dass Zwei-/ Mehrsprachigkeit jedoch niemandem in die Wiege gelegt, gewissermaßen kein Erbgut ist. Es erfordert viel Energie und Anstrengung, sie weiter (d.h. über Generationen) zu entwickeln und zu erhalten. Einmal erworbene Zwei-/ Mehrsprachigkeit kann bei fehlender Pflege (auch gänzlich) verloren gehen. Die Be-

---

<sup>5</sup> vgl. dazu: L. J. Calvet: Die Sprachenfresser. Ein Versuch über Linguistik und Kolonialismus. Berlin 1978, S. 11 ff.

Dilek Cinar: Gleichwertige Sprachen? Innsbruck 1998

<sup>6</sup> Alle staatlich anerkannten (autochthonen) Minderheiten zusammen haben in Österreich bei sehr wohlwollender Schätzung um die 70 000 Sprecher.

<sup>7</sup> DaF – Deutsch als Fremdsprache, DaZ – Deutsch als Zweitsprache, MuZU – Muttersprachlicher Zusatzunterricht, Mu – Muttersprache

dingungen, unter denen Zwei- / Mehrsprachigkeit erworben bzw. gelebt wird, sind unterschiedlich. In Mehrsprachigkeitsgesellschaften (z.B. in Südtirol, Südkärnten, auf dem Balkan, in Afrika, Asien, usw.) tauchen buchstäblich schon Kinder in ein entsprechendes zwei- / mehrsprachiges kommunikatives Umfeld ein und erwerben die entsprechenden kommunikativen Kompetenzen (aber auch nicht notwendigerweise komplett, z.B. oft nicht Lesen und Schreiben in allen verwendeten Sprachen). Was die Weitergabe der Sprache(n) an die nächste Generation betrifft, so können Schulen (insbesondere in Diaspora-Situationen) nur einen sehr kleinen Teil der Sprachsozialisationsarbeit auffangen. Im Zweifelsfalle sind es aber die Eltern, die ein entsprechendes Umfeld schaffen müssen, wenn sie wollen, dass die Zwei- / Mehrsprachigkeit ihrer Kinder erhalten und weiterentwickelt wird. Eine wichtige Rolle bei der Entwicklung bzw. dem Erhalt der Zweisprachigkeit spielt die Alphabetisierung in der Muttersprache, insbesondere in den Sprachen, die nicht das lateinische Alphabet benutzen (wie vor allem Russisch, Serbisch, Arabisch, Persisch, Chinesisch etc.). Das Lesenkönnen (Mutter- oder Fremdsprache) festigt die Sprachbeherrschung ganz entscheidend. D.h. dem Erlernen des Lesens und Schreibens kommt eine bedeutende, man kann sagen, spracherhaltende Rolle zu. Die Frage ist allerdings, wo und wie die Betroffenen diese Fertigkeiten erwerben können, in der Regel müssen viele dies in Privatinitiative organisieren (in Kindergruppen, Vereinen udgl.).

Wird die Primärsprache / Muttersprache (aus welchem Grund auch immer) vernachlässigt, so kann sie über die Zeit ihre Kommunikationsfähigkeit (über verschiedene Zwischenstadien, wie z.B. Halbsprachigkeit) auch gänzlich verlieren. Wenn Mehrsprachigkeit als verletzliches Potenzial erkannt wird, dann stellt sich die Frage, wie sie abgesichert und geschützt werden kann. In den (Pflicht)Schulen Wiens gibt es das Angebot des muttersprachlichen Zusatzunterrichts (MuZU) zur freiwilligen Teilnahme in etwa einem Dutzend Sprachen (neben Fördermaßnahmen in Deutsch). Das deckt jedoch nur einen Bruchteil der Muttersprachen ab, die in Wien gesprochen werden. In einigen skandinavischen Ländern gibt es großzügige Regelungen und schulische Unterstützung (mit Anspruch auf muttersprachliche Förderung). Eine für alle in Frage kommenden Sprachen hier landesweit einheitliche und ausgewogene Förderung der Zwei-/ Mehrsprachigkeit im Bildungswesen ist in der Praxis kaum vollständig umzusetzen (auch die skandinavischen Modelle sind diesbezüglich lückenhaft). D.h. für den Erhalt und die weitere Pflege der Muttersprache sind große persönliche Anstrengungen unabdingbar – unabhängig von allfälligen institutionellen Förderprogrammen.

Über die Qualität der Sprachkenntnisse, den Grad der Sprachbeherrschung der Erwachsenen wissen wir eher wenig, wir müssen mit Sicherheit von sehr großen Unterschieden ausgehen. Die Selbsteinschätzung (insbesondere ab der zweiten Generation) bezüglich der Kenntnisse der Muttersprache und die Realität klaffen oft sehr weit auseinander. Da gibt es oft negative Überraschungen, wenn „Zweisprachige“ sich für die Studienrichtung ihrer Muttersprache einschreiben, weil sie sich Startvorteile ausrechnen und sich u.U. herausstellt, dass ihre „Familiensprache“ dem geforderten Standard bei Weitem nicht entspricht (Gründe dafür können sein z.B. Dialektbasis der „Familiensprache“, Sprachmischung, begrenzter Wortschatz, Nichtbeherrschung der geschriebenen Sprache usw.). Somit haben wir bei Zwei-/Mehrsprachigkeit in der Wiener Bevölkerung mit unterschiedlichster Ausprägung zu rechnen, von einer dominanten Herkunftssprache bis zur Dominanz des Deutschen sind sozusagen alle Mischverhältnisse vertreten. Der Fall einer vollkommenen Ausgewogenheit der Beherrschung zweier oder mehrerer Sprachen auf höchstem Niveau ist selten und meist mit einem Hochschulstudium, langen Auslandsaufenthalten etc. verbunden.

### Alltagsrealität Mehrsprachigkeit und Mehrheitsgesellschaft

Wie dargelegt, benötigt Mehrsprachigkeit bestimmte Rahmenbedingungen um sich entwickeln zu können. Dazu muss sie politisch gewollt sein und von der Gesellschaft akzeptiert werden. Globalisierung, Liberalisierung des Welthandels bringt Menschen in Bewegung und

aus verschiedenen Erdteilen in Kontakt. Entwicklungen, die kaum zurückzudrehen sind. Zwangsläufig ergibt sich daraus die Frage der Auseinandersetzung mit der Sprachenfrage oft im Kontext des Integrationsprozesses. Migration bringt neue bzw. andere Sprachgewohnheiten, ein „anderes“ Deutsch, „andere“ Aussprache, andere Wortbedeutungen, andere Namen etc. Man kann auch im Alltag nicht mehr davon ausgehen, dass man alle Menschen im lokalen Dialekt ansprechen kann und verstanden wird. So muss man auch „anders“, „gepflegter“, möglichst nicht im Dialekt sondern eher Hochdeutsch (mit dem die meisten Einheimischen auch so ihre Probleme haben) kommunizieren.

Fast im Jahresrhythmus wird bei offiziellen Anlässen die Bedeutung der Mehrsprachigkeit (repräsentative Veranstaltungen zu Mehrsprachigkeit als Chance von Wirtschaftskammer, Bildungspolitikern usw.) das schlummernde wirtschaftliche Potenzial hervorgehoben<sup>8</sup>. Die positive Haltung gegenüber der Mehrsprachigkeit ist aber keineswegs so eindeutig oder stabil: Es kommt immer wieder vereinzelt zu heftigen Querschüssen z.B. gegen Markenwerbung in Türkisch (Ethnomarketing ist etwa in Deutschland schon längst als wichtiger Wirtschaftsmotor erkannt). Umgekehrt gibt es in einigen niederösterreichischen Supermärkten entlang der slowakischen Grenze Durchsagen, Werbung etc. auf Deutsch und Slowakisch, ähnlich in Bleiburg / Pliberk in Südkärnten u.ä., wo das Slowenische als Sprache der Kundschaft zu Ehren kommt. Mit dem Türkischen hat ein Teil der österreichischen Bevölkerung (vor allem die Gelbe Presse) offensichtlich größere Probleme, das zeigt(e) sich bei der Debatte um die Frage, ob diese Sprache als zweite lebende Fremdsprache bzw. als maturables Unterrichtsfach an den Schulen zugelassen werden sollte. Eine Umfrage unter AHS-Direktoren ergab interessanter Weise eine Mehrheit für die Möglichkeit einer Matura aus dem Fach Türkisch<sup>9</sup>. Keine Frage, dieses Diskussionsfeld ist überlagert und verzerrt durch einen politisierten Islamdiskurs und entzieht sich weitgehend einer Betrachtung sine ira et studio. Die formalen Voraussetzungen für das Fach Türkisch sind, dass dieses Fach vom zuständigen Unterrichtsressort eingeführt / bewilligt wird und dass an einer österreichischen Universität ein entsprechendes Lehramtsstudium möglich ist. In Wien, aber auch in Graz ist dies der Fall. Das Studium der Turkologie an diesen Universitäten bietet die entsprechende philologische Ausbildung, die für das Lehramt Türkisch notwendig ist. Es fehlt(e) am politischen Konsens (bzw. am Mut) dies Realität werden zu lassen. Zugegebener Maßen gab es auch Widerstände gegen die Einrichtung eines Lehramtsstudiums für Slowakisch und Polnisch. Es handelte sich jedoch eher um formale und bürokratische Einwände, die es aber nach einigen Jahren zu überwinden gelang.

### Deutschkenntnisse – Bedingung und Chance

Lücken im Arbeitskräfteangebot können in Österreich seit etwa einem halben Jahrhundert nur noch durch Zuwanderung gefüllt werden, was naturgemäß die Sprachenfrage aufwirft und Zuwanderer in bilinguale (bzw. multilinguale) Kontexte zwingt. Besonders relevant und augenfällig ist diese Frage im Dienstleistungsbereich. Ausreichende Kommunikationsfähigkeiten im Deutschen sind Grundvoraussetzung nicht nur am österreichischen Arbeitsmarkt sondern am gesellschaftlichen Prozess teilnehmen zu können. Ohne Zweifel wäre es (für die Einwanderungsländer) am ökonomischsten, wenn die Zuwanderer, bevor sie die Staatsgrenzen überschreiten, schon ausreichend Deutsch beherrschten, die entsprechenden d.h. gewünschten beruflichen und fachlichen Qualifikationen nachweisen könnten etc., sodass der Immigrationsstaat keine weiteren Aufwendungen mehr hätte und diese Menschen sofort in den Arbeitsprozess eingliedern könnte. Solche Vorstellungen und Erwartungen sind mit der Realität nicht in Einklang zu bringen. Vielen Zuwanderern ist es nicht möglich sich im Herkunftsland entsprechende Deutschkenntnisse anzueignen. Aufgeschlossene skandinavische Länder bieten den Zuwanderern ausreichende (kostenlose) Sprachkurse als Willkommensgeste und erste Integrationshilfe an. In Österreich hingegen wurden trotz gestiegenen Bedarfs

<sup>8</sup> Vgl.: <https://www.wieninternational.at/de/aktuell/nacht-der-vielfalt-de> (19.1. 2015)

<sup>9</sup> <http://www.oe24.at/oesterreich/politik/AHS-Direktoren-sind-fuer-Tuerkisch-Matura/146645066> (11. 6. 2014)

öffentliche Mittel für Deutschkurse gekürzt (Stichwort: Institutionelle Integrationsverweigerung<sup>10</sup>). Mit zunehmender Aufenthaltsdauer kann angenommen werden, dass die Deutschkenntnisse der Ersten Generation besser werden. Für die nachfolgenden Generationen, die zum Großteil oder zur Gänze schon in Österreich sozialisiert werden, stellt sich die Sprachenfrage in der Regel anders: Wenn sie mit Deutsch aufwachsen, d.h. Deutsch ihre erste, dominante Kommunikationssprache wird, dann verdrängt sie die Herkunftssprache in kleinere Anwendungsnischen (als Familiensprachen udgl.). In diesen Fällen sind die Anwendungsbereiche des Deutschen und der Muttersprache nicht deckungsgleich: Deutsch, das in der Schule erworben wird, befähigt zur gleichberechtigten Teilnahme am Bildungsprozess. Das muttersprachliche Umfeld (meist in der Familie) hingegen deckt andere kommunikative Bereiche ab (z.B. emotionale u.a.). Wie weit die Zweisprachigkeit und auf welchem Niveau ausgebildet wird, ist vom soziokulturellen und soziokommunikativen Umfeld abhängig, in dem die Kinder aufwachsen. Deutsch als Zweitsprache und Anerkennung der Mehrsprachigkeit als gesellschaftliche Realität sind kein Widerspruch.

### Interkultur<sup>11</sup>

Über den Begriff „Integration“ lässt sich trefflich streiten, er ist überaus vage und schwer widerspruchsfrei zu definieren. Was ist alles unter „Integration“ zu verstehen, wann ist sie abgeschlossen, usw.? Pragmatisch ist davon auszugehen, dass der Prozess der (Im)Migration mit dem definitiven Wechsel des Lebensmittelpunktes beendet ist und Integration – mit vielen individuellen Varianten – einen offenen Prozess darstellt. Tatsache ist, dass zumindest in Wien die künftige Generation zu einem erheblichen Teil migrantischer Herkunft sein wird, das betrifft einiges über 40% der Wiener Bevölkerung. Die gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, dass aus Zuwanderern loyale Wiener (und in weiterer Folge Österreicher) werden. Die Vorstellung, mit Verboten (Kopftuch, Gebrauch der Muttersprache in den Schulen etc.) und begleitenden polizeilichen Maßnahmen, Drohungen mit dem Entzug der Staatsbürgerschaft / Widerrufung der Einbürgerung udgl. die Integration(swilligkeit) zu fördern oder gar zu erzwingen ist völlig absurd. So eine Politik befriedigt besten Falls die Bedürfnisse von xenophoben Hetzern und ist Wasser auf deren Mühlen, aber diese Konzepte sind nicht zukunftsfähig, wenn wir unter Zukunft friedliche, demokratische gesellschaftliche Verhältnisse meinen. Beim Integrationsprozess geht es nicht um formales Einebnen von Unterschieden nach dem Motto „Alle sollen sich so verhalten wie ‚wir‘“ (glauben, dass „wir“ uns verhalten) sondern darum, dass die Zuwanderer, die z.B. Wien als Lebensmittelpunkt gewählt haben, sich in den demokratischen gesellschaftlichen Prozess dieser Stadt einbringen können sollen. Die Zuwanderung wird auch in den kommenden Jahrzehnten an kein Ende kommen, es muss daher gelingen, die Gesellschaft für die Integration zu öffnen, wenn man nicht auf lange Sicht den Verlust des liberalen und toleranten Charmes der Stadt Wien zu Gunsten der Spaltung der Gesellschaft nach ethnischen, religiösen kulturellen Bruchlinien in Kauf nehmen will. Entwicklungen sind zu fördern, die eine positive Haltung gegenüber Diversität eine Begegnung auf gleicher Augenhöhe ermöglichen, da ansonsten der Zerfall in von einander abgeschottete, feindliche, ghettoähnliche Parallelstrukturen droht. Eine repressive Integrationspolitik produziert wachsende Resistenz, führt zu Zerstörung bzw. Verweigerung von Solidarität und damit zu einer Verschlechterung der gesamten gesellschaftlichen Klimas. Wird Integration als Ausgrenzung und nicht als Chance zu sozioökonomischem Aufstieg sowie auch zu persönlicher Befreiung erfahren, dann schlägt die Stunde für radikale reaktionäre Stimmungen und faschistoide Agitation. Es kann kein Trost sein, auf Länder zu verweisen, wo die Verhältnisse noch schlimmer sind (vgl. die Sprachsituation in Lettland, wo Sprachpolizisten die Lettisch-

---

<sup>10</sup> Vgl. Gero Fischer: Integrationsverweigerung? Integrationsverweigerung! (2018)

In: <https://slawistik.univie.ac.at/forschung/fd/forum-fuer-hochschuldidaktik-und-hochschulpolitik/>

<sup>11</sup> Vgl. Mark Terkessidis: Interkultur. Berlin 2010

kenntnisse der russischsprachigen Bevölkerung kontrollieren, wobei für mangelnde Sprachkenntnisse Sanktionen drohen, die bis zum Arbeitsplatzverlust gehen können).

Die demographischen Prognosen machen es deutlich: Da die einheimische Geburtenrate trotz verschiedener gesellschaftspolitischer Maßnahmen kaum steigerbar ist, bleibt die Zuwanderung als einziger wesentlicher Faktor die demographische Überalterung zu bremsen. Daher gibt es keine Alternative dazu, dass Einheimische und Zugewanderte auf demokratische Weise die Zukunft gemeinsam aushandeln. Der aktuelle Diskurs um Migration und Integration ist jedoch stark geprägt von Ablehnung und negativen Mustern, Ausblendung der historischen Immigration nach Österreich und der Vitalität einer Vielzahl von Feindbildern. Abwehrhaltungen, das Aufrichten von Barrieren im Sinne des „Wir“ vs. den „Anderen“ sind seit Jahrzehnten insofern stabil, als damit gegenüber Zuwanderern mit ungeschminkter Xenophobie immer noch politisches Geschäft zu machen ist. Nun hat in den letzten Jahrzehnten die sprachliche (kulturelle und ethnische) Heterogenität insbesondere im urbanen Raum stark zugenommen. Diese vielfältig gewordene Realität verlangt nach einer entsprechenden Veränderung der Institutionen, wie Terkessidis<sup>12</sup> in seinem Programm der Interkultur betont: „Die Institutionen sollten nicht länger auf Gleichheit im Sinne der Anpassung an eine Norm drängen, sondern auf die prinzipielle Wertschätzung von Unterschiedlichkeit.“ Im Mittelpunkt von Diversity-Programmen sollten „die Chancen des Einzelnen, sein Potenzial auszuschöpfen“ stehen, die Politik solle eine proaktive Haltung gegenüber der wachsenden Vielfalt, Wertschätzung der Unterschiedlichkeit einnehmen. Assimilationsmodelle hingegen basieren auf (mehr oder weniger bedingungsloser) Anpassung an von der Mehrheit vorgegebene Verhaltensmuster und Normen unter Bedingungen der Exklusion: Wer sich nicht dem Assimilationsdruck beugt, der bleibt in der Gesellschaft außen vor. Assimilationsmodelle negieren die diverse Realität. Die Durchsetzung der sprachlichen, kulturellen, etc. Homogenisierung wird von Zuwanderern als Zwang erfahren. Häufig verleugnen Betroffene auf Grund gesellschaftlichen oder politischen Drucks ihr Anderssein durch Namensänderungen (z.B. über Eindeutschungen). Auch Staaten können selbst willkürlich Bezeichnungen ethnischer, sprachlicher Identität verordnen (wie z.B. „Bergtürken“ statt Kurden, oder „Bergkroaten“ statt Slowenen u.a.), um die Fiktion der (postulierten) Homogenität aufrecht zu erhalten.<sup>13</sup> Terkessidis geht von der Tatsache der Vielheit aus und stellt die Frage, warum man also „nicht versuchen [sollte], aus der Vielheit das Beste zu machen, sie als Quelle der Erneuerung zu nutzen“<sup>14</sup> Offenheit dem Neuen und Fremden gegenüber ist aber nur dann möglich, wenn dieses Andere nicht als Bedrohung empfunden oder sogar (aus verschiedenen Gründen) abgelehnt wird. Für den Zusammenhalt der Gesellschaft (insbesondere in Krisenzeiten) sind Bedingungen für das gleichberechtigte Miteinander demokratisch auszuhandeln, d.h. als kommunikative Verhaltenscodes auf gleicher Augenhöhe und auf der Grundlage der Gleichwertigkeit der Sprachen und ihrer Sprecher. Es geht um Herstellung von Barrierefreiheit als Bedingung für gesellschaftliche Solidarität. Das Deutsche bildet (in den deutschsprachigen Ländern) naturgemäß dabei die Grundlage des kommunikativen und gesellschaftlichen Zusammenhalts, es präsentiert sich im Alltag entsprechend der Zusammensetzung der Bevölkerung und der sprachlichen Vielfalt divers und in unterschiedlichen Standards.

Der Diskurs auf Augenhöhe – ist Ausdruck eines inklusiven Umganges mit den Mitbürgern jeglicher Herkunft (bzw. unabhängig von dieser). Im konkreten aktuellen Sprachgebrauch wird vorzugsweise immer noch dem „Wir“ das / die „Andere(n)“ bewusst gegenübergestellt. Wenn wir als „Liebe Österreicherinnen und Österreicher!“ adressiert werden, dann sind die mit „Wir“ Adressierten im exklusiven Sinn gemeint, d.h. ohne die (Herkunfts-)Anderen (d.h. die gemäß dieser Diktion nicht zu „Uns“ gehören). Ein inklusives Wir schließt alle ein, die

---

<sup>12</sup> ebda, S. 139

<sup>13</sup> Vgl.: Cyrill Stieger: Wir wissen nicht mehr wer wir sind. Vergessene Minderheiten auf dem Balkan. Wien, 2017

<sup>14</sup> M. Terkessidis: Interkultur. S. 132

hier im Lande leben (und in der aktuellen Situation zu einem großen Teil diejenigen sind, die – oft wenig bis nicht bedankt bzw. angemessen entlohnt – systemerhaltende, systemrelevante Funktionen ausüben). Der exklusive Sprachgebrauch betont bewusst die unterschiedliche Stellung und Gewichtung von Menschen in der Gesellschaft (nämlich ihr Nichtdazugehören). Die Sache wird nicht dadurch besser, wenn eine Grußadresse ergänzt wird durch Satzteile wie „und alle, die hier wohnen“. Im Gegenteil, das wirkt sogar noch kontrastverstärkend, betont explizit die Unterschiedlichkeit / Nichtgleichwertigkeit von „Wir“ gegenüber den „Anderen“. Inklusiv Formulierungen könnten z.B. lauten: „Liebe (Mit-)Bürgerinnen und (Mit-)Bürger“. Diese sprachliche Ungleichbehandlung ist (im jeweiligen politischen Diskurs) durchaus Absicht.

Es steht also eine „interkulturelle Alphabetisierung der Institutionen“<sup>15</sup> aus. Diese muss über die Selbstverständlichkeit nichtdiskriminierender und inklusiver Kommunikationsformen hinausgehen und ist als Kulturpolitik für alle zu verstehen, die proaktiv unter gemeinsamem Zusammenwirken der sog. 2. Generation mit den Einheimischen die Schaffung von „kulturellem Kapital“ zum Ziel hat. Erste vielversprechende Schritte sind schon gesetzt, z.B. in Mannheim im (2007 entworfenen) „Handlungskonzept Interkulturelle Kulturarbeit“.<sup>16</sup> Darin werden konkret Maßnahmen zum interkulturellen Ausgleich angesprochen, wie Kommunikationsformen zur Ermöglichung / Verbesserung der gesellschaftlichen Teilhabe, innerbetriebliche Informationen, etc. neben Deutsch auch in anderen Sprachen. Dazu gehört auch die Anerkennung mehrsprachiger Sprachkompetenzen als besondere Qualifikationsmerkmale bei Stellenausschreibungen (insbesondere im Dienstleistungssektor, Gesundheitswesen, Banken, Versicherungen usw.) u.a.m.

Die sichtbare / offene Präsenz der Mehrsprachigkeit und ihre positive Wertschätzung in der Öffentlichkeit ist ein Merkmal der Lebendigkeit und Offenheit einer Stadt (oder eines Landes). In Wien stechen (Firmen-)Aufschriften, Werbeplakate, Hinweise auf Kulturveranstaltungen (durch entsprechende nationale Vereine bzw. Veranstalter) auf Türkisch, BKS ins Auge. Vereinzelt finden sich auch offizielle Mitteilungen im öffentlichen Interesse (z.B. Gesundheit betreffend) in Zuwanderersprachen auf Straßenbahnen, etc. Deutlich geringer ist die sprachliche Präsenz des Polnischen, Russischen, Rumänischen, Ungarischen ... im öffentlichen Raum (obwohl je Gruppe mehr als 50 000 Personen in Wien leben). In diesen Sprachen dominieren andere Kommunikationsformen (insbes. das Internet). Offizielle Kommunikationskanäle in Zuwanderersprachen (offizielle Internetseiten, TV-Kanäle, Rundfunk udgl.) sind sowohl Formen der Anerkennung der „Migrationsanderen“ sie dienen auch authentische Informationsquellen für Personen, die des Deutschen (noch) nicht entsprechend mächtig sind (besonders in Krisenzeiten kommt es darauf an, dass alle Mitbürger die relevanten Botschaften auch richtig verstehen). Medienarbeit (insbes. Rundfunk- und TV-Produktionen) ist als interkulturelle Vermittlungsarbeit zu verstehen, ebenso wie Bibliotheken als Zentren des kulturellen Austausches und als Plattformen für die Auseinandersetzung der Mehrheits- mit den Herkunftskulturen fungieren können. Oder anders gesagt: Diese so verstandene Kulturarbeit ist das Scharnier zwischen dem „Wir“ und den „Anderen“, sie stellt sicher, dass „Wir“ etwas von den „Anderen“ mitbekommen (und mitnehmen) und umgekehrt. Dies setzt gegenseitige Offenheit und Neugier voraus – das klare Gegenteil von Ignoranz und Ablehnung. Also Warum nicht auch Nachrichtensendungen, Kommentare udgl. in eigenen Programmschienen in anderen Sprachen als nur in Deutsch und Englisch?

Interkultur lässt viel Neues entstehen, neue Kommunikations- und Kulturformen, multiethnische Künstlerformationen, ... Das Deutsche wird in verschiedenen herkunftssprachlichen Varianten beherrscht und praktiziert. Es entsteht ein kreatives Spiel mit Sprache und Identität (vgl. Django Asül, Bülent Ceylan, Şinasi Dikmen, Sedat Pamuk, Aljosha Biz, ...), literarische

---

<sup>15</sup> ebda S. 162

<sup>16</sup> Vgl. <https://www.mannheim.de/de/kultur-erleben/kulturelle-vielfalt/interkulturelle-kulturarbeit>



Auseinandersetzung des Eigenen mit dem Fremden (vgl. Vladimir Vertlib, Lena Gorelik, Olga Martynova, Jula Rabinowich, Wladimir Kaminer, Radek Knapp, ...). Auch Vertreter der autochthonen Minderheiten haben dabei ihre Stimme, wie die Kärntner Slowenen Janko Messner, Fabijan Haffner, oder die Sorben Kito Lorenc, Jurij Bržan usw. usf. Einen Schritt weiter gehen Ansätze in der Literatur auf der Basis sprachlich-mehrkanaliger Kommunikation<sup>17</sup>, ein Impuls, der Vielfalt in der (Sprach-)Kultur direkt anspricht und ausnützt.

„Was existiert, ist die gemeinsame Zukunft. Es ist egal, woher die Menschen, die sich zu einem bestimmten Zeitpunkt in der Polis aufhalten, kommen und wie lange sie sich dort aufhalten. Wenn erst einmal die Zukunft im Vordergrund steht, dann kommt es nur noch darauf an, dass sie jetzt, in diesem Moment anwesend sind und zur gemeinsamen Zukunft beitragen.“<sup>18</sup>

### Mehrsprachige Bildung für eine mehrsprachige Gesellschaft

Die Bildungsinstitutionen, ebenso wie die Bildungspolitik sehen sich immer noch dem monolingualen und monokulturellen Modus verpflichtet<sup>19</sup>. Angesichts der kulturellen und sprachlichen Veränderungen in der Gesellschaft in den letzten Jahrzehnten ist das Thema / die Forderung nach mehrsprachiger Bildung für eine mehrsprachige Gesellschaft nicht mehr zu ignorieren.<sup>20</sup> Das beginnt schon beim offiziellen Terminus „Schüler mit nichtdeutscher Muttersprache“ – diese Bezeichnung ist stark negativ konnotiert, nämlich als Problem (für die Schulpädagogik) und nicht positiv als (zu nutzendes, hebendes) Potenzial – mehrsprachige Schüler sozusagen als potenzielle Defizitträger. Der Schlüssel zur Überwindung des monolingualen und monokulturellen Tunnelblicks im Bildungswesen liegt in einem anderen Verständnis des Phänomens der Zwei-/Mehrsprachigkeit und der pädagogischen Akzeptanz der Diversität. D.h. diese Problematik muss auch in die Ausbildung sämtlicher pädagogischer Studienrichtungen einfließen, denn jedes Unterrichtsfach ist auch Sprachunterricht. Eine Pädagogik der Diversität – als Unterrichtsprinzip – macht sensibel für die Realität unterschiedlicher Sprachen quer durch alle Unterrichtsgegenstände, Sichtweisen, Kulturen, historische Erfahrungen. Das Phänomen der Zwei-/Mehrsprachigkeit, der Tatsache, dass ein Mensch in zwei oder mehreren Sprach(kultur)en beheimatet sein, entsprechende Identitäten ausbilden kann udgl. ist vielen nicht bewusst bzw. unbekannt fremd. Monolingualen kann das Phänomen der Mehrsprachigkeit im Sprachunterricht (Deutsch, Fremdsprachen) nahegebracht werden, indem sie für sprachliche Vielfalt ihrer Umwelt sensibilisiert werden. Gemeinsam mit Mehrsprachigen können anhand von Elementen der Sprachtypologie, des Sprachvergleichs, der Sprachverwandtschaft etc. Nähe, Distanz, Unterschiedlichkeit von Sprachen und ihrem Bau (Grammatik) generell vorgeführt werden. Damit eröffnen sich Möglichkeiten, Offenheit und Neugier für Andere und Anderes zu wecken, den eigenen euro- (bzw. austro-)zentrischen Blick zu relativieren und auch enge national(istisch)e, dogmatische Sichtweisen kritisch zu hinterfragen.

Wenn die Förderung und Festigung der Mehrsprachigkeit Teil eines (politisch) wünschenswerten sprachpädagogischen und (ernst gemeinten) bildungspolitischen Konzeptes sein soll, dann wäre es auch nur konsequent, dass vermehrt zwei- / mehrsprachige Lehrkräfte pädagogische Berufe ergreifen / ausgebildet werden. Bisher besteht jedoch ein krasses Missverhältnis zwischen den (nahezu) monolingualen Lehrerzimmern und den multilingualen Schulklassen (mit allen daraus resultierenden Problemen). Bi-/Multilinguale Lehrkräfte können beim Integrationsprozess wichtige identitätsbildende Vorbild- und Brückenfunktionen übernehmen, sie

---

<sup>17</sup> <https://medienportal.univie.ac.at/uniview/wissenschaft-gesellschaft/detailansicht/artikel/muttersprache-war-gestern/>

<sup>18</sup> Mark Terkessidies. Interkultur. Berlin 2010, S. 220

<sup>19</sup> Vgl. Ingrid Gogolin: Der monolinguale Habitus der multilingualen Schule. Münster – New York 2008  
Elisabeth Beck-Gernsheim: Wir und die Anderen. Vom Blick der Deutschen auf Migranten und Minderheiten. Frankfurt am Main 2004

<sup>20</sup> Hannes Schweiger: Teilhabe durch Sprache(n). Überlegungen zu sprachlicher Bildung in der Migrationsgesellschaft. In: schulheft 177/2020, S.51-61; S. 58

geben bi- / multilingualen Kindern (sprachliche, kulturelle) Orientierung bei der Auseinandersetzung mit der Herkunfts- und der Bildungssprache Deutsch. Eine entsprechende proaktive Bildungspolitik ist da gefordert.

Der MuZU wird in Wien für ca zwei Dutzend Sprachen angeboten (was ca 1/10 der in Wien gesprochenen Sprachen abdeckt. Pflichtschulen (insbes. NMS) mit Dutzenden Muttersprachen sind Realität und keine Ausnahme. Eine Forderung nach Anspruch auf Zusatzunterricht in allen Muttersprachen wäre kaum realisierbar. Es stünden gar nicht so viele Personen mit entsprechender pädagogischer Ausbildung zur Verfügung, um eine Sprachausbildung mit entsprechendem Niveau zu gewährleisten. Das skandinavische Beispiel mit Recht auf muttersprachlichen Zusatzunterricht kann nur bedingt als Vorbild gelten: Aus diesem Rechtsanspruch folgt nicht immer und überall im Land die Garantie der fachlichen bzw. pädagogischen Qualität der Personen, die diesen Unterricht abhalten.

In den Schulen nimmt die Zahl der Kinder zu, die nicht Deutsch als Muttersprache beherrschen. Viele Zuwandererkinder erwerben das Deutsche auf dem Niveau Deutsch als Muttersprache (DaM) Für die anderen bleibt dieses Ziel unerreichbar, sie werden aber nach den Kriterien DaM beurteilt. Das mag unfair erscheinen. Der einfach scheinende Vorschlag die ziel sprachlichen Standards DaM bzw. DaZ / DaF (bildungspolitisch) als gleichwertig zu akzeptieren wirft wiederum die (kaum lösbare) Frage auf, wer nach welchen Kriterien etc. (Geburtsort, Herkunft der Eltern, praktizierte Familiensprache, etc.) Anspruch auf welchen Standard haben soll usw. Pragmatismus kann diese Situation mildern, bleibt DaM der geforderte Standard, können Muttersprachen (z.B. Türkisch, BKS, Polnisch, Russisch u.a.) als (maturable) 2. oder 3. lebende Fremdsprache gewählt werden. So können Mehrsprachigkeit und Barrierefreiheit gleichermaßen gefördert werden.

### Schlussbemerkungen

Zwei-/Mehrsprachigkeit untrennbar mit dem Minderheiten- und Migrations- / Integrationsdiskurs und der Bildungspolitik verbunden<sup>21</sup>. Allerdings laufen die besten pädagogischen Bemühungen ins Leere, wenn sie nicht von der Gesellschaft und der Politik getragen werden. Und wo sich der bildungspolitische Diskurs als Kultur bzw. Machtkampfarena darstellt, dort können auch keine nachhaltigen Lösungen gefunden werden.

Es gibt positive Signale, zweifellos, ein Beispiel: Viele vietnamesische Familien in der Tschechischen Republik geben ihren (bereits zweisprachigen) Kindern einen tschechischen und einen vietnamesischen Vornamen – den tschechischen sozus. für den Außenkontakt, den vietnamesischen für die familiäre Traditionspflege.

Mehrsprachigkeit ist historische wie gegenwärtige Normalität und nicht erst mit der Globalisierung entstanden und eine (notwendige) Begleiterscheinung von Migrations- und Integrationsprozessen. Zu unterschiedlichen Zeiten wurden Zwangsmaßnahmen gesetzt, um gesellschaftliche Homogenität zu erzwingen – mit fatalen Folgen für die Betroffenen. In demokratisch verfassten Gesellschaften gilt Gleichwertigkeit der Sprachen<sup>22</sup> und der Menschen, die sie benutzen, bzw. in denen sie sozialisiert wurden, als oberstes Prinzip.

„Eine Gemeinschaft lebt von der miteinander geteilten Vergangenheit, die gerade dadurch verbindet, dass sie der Ausgangspunkt unterschiedlicher Interpretationen ist. Das heutige Misstrauen kann nur durch gemeinsames Handeln überwunden werden, indem wir eine gemeinsame Geschichte schaffen.“<sup>23</sup>

Jänner – Mai 2020

---

<sup>21</sup> Gero Fischer: Migrantinnen, Zwei- / Mehrsprachigkeit und die Bildungspolitik (2013)

[http://slawistik.univie.ac.at/fileadmin/user\\_upload/inst\\_slawistik/Studium/Hochschulpolitik/Migrantinnen\\_Zwei-\\_Mehrsprachigkeit.pdf](http://slawistik.univie.ac.at/fileadmin/user_upload/inst_slawistik/Studium/Hochschulpolitik/Migrantinnen_Zwei-_Mehrsprachigkeit.pdf)

<sup>22</sup> Dilek Cinar (Hg): Gleichwertige Sprachen? Muttersprachlicher Unterricht für die Kinder von Einwanderern. Innsbruck, 1998

<sup>23</sup> Paul Scheffer: Die Eingewanderten. Toleranz in einer grenzenlosen Welt. München 2008, S. 484-5